

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Redaktion
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Herr Dr. Hirsch, Hoflieferant,
Dr. Gerber u. Breitestr. Ecke
Alt-Nickisch, in Firma
J. Lenzner, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
J. Hirsch
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Herr. Rose, Hasenstein & Vogler J.-G.
J. Deibke & Co., Invalidenstr.

Berantwortlicher Redakteur:
J. Hirsch
in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Jg. 307

Die "Posener Zeitung" erscheint monatlich drei Mal,
an den Sonn- und Feiertagen jedes zweit Mal.
Das Abonnement beträgt vierzehn
Jahre 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganzen Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 3. Mai.

1893

Deutscher Reichstag.

87. Sitzung vom 2. Mai, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)
Der Gesetzentwurf, betr. die Erhöhung vertheilung wird in dritter
Berathung und somit endgültig angenommen; ebenso der zweite
Nachtragsetat in dritter Berathung und das Württembergische
endgültig in der Gesamtabstimmung. Für das
letztere stimmt auch der größere Theil der Sozialdemokraten.

Es folgt der Bericht der Ahlwardt-Kommission. Berichterstatter über die auf den Invalidenfonds bezüglichen Anschuldigungen ist Abg. Dr. Cuny (nl.), für den übrigen Theil der Anschuldigungen Dr. Porsch (Btr.).

Der Antrag der Kommission lautet: Der Reichstag wolle beschließen: 1. nachdem die Kommission erklärt hat, daß der Inhalt der von dem Abgeordneten Ahlwardt dem Reichstage übergebenen Akten und Druckschriften die durch den genannten Abgeordneten in den Sitzungen des Reichstages vom 18., 21. und 22. März, sowie vom 25. April d. J. gegen frühere und jetzige Mitglieder des Reichstags und des Bundesrates erhobenen Anschuldigungen nicht rechtfertigt, den Antrag Ahlwardt für erledigt zu erklären; 2. über die der Kommission überwiesene Petition der Wittwe Hiebsch und des H. Wagenbret um Haftauschiebung des Beschlusses der Kommission, zur Tagessordnung überzugeben.

Berichterstatter Abg. Dr. v. Cuny: Der Auftrag, der mir von Ihrer Kommission gegeben worden ist, betrifft den bestimmten Fall, ob und in wie fern diejenigen Beschuldigungen des Abg. Ahlwardt, welche sich auf die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds beziehen, durch den Inhalt der von ihm dem Reichstag vorgelegten Akten gerechtfertigt werden. Ich bemerkte von vornherein, daß die Beschuldigungen nicht bloß den Reichsinvalidenfonds betreffen, sondern auch den Reichsfestungs- und Reichstagsbaufonds. Der Sachverhalt ist ein eigentümlicher in sofern, als der Beschuß des Reichstages dahin ging, eine Kommission einzurichten zur Prüfung der Akten, daß aber in Bezug auf die Dinge, über die ich zu referieren habe, gar keine Akten gegeben worden sind. Es sind lediglich drei Druckschriften dafür übergeben worden, zwei davon waren schon früher übergeben. Sie sind 1877 erschienen, also vor 16 Jahren. Das dritte Druckheft hat Abg. Ahlwardt nachträglich unmittelbar vor dem Zusammentreten der Kommission überreicht; es trägt keine Jahreszahl. Nach seiner Durchsicht nehme ich an, daß es spätestens 1876 erschienen ist, also bereits vor 17 Jahren. Von neuen Entwicklungen kann also absolut keine Rede sein, denn der Inhalt der Druckschriften, die bei Ihrem Erscheinen erregten und zu vielen Erörterungen Anlaß gaben, kann als etwas Neues nicht betrachtet werden. Ich lege auf diesen Punkt sehr großes Gewicht, weil vielfach auch im Auslande der Glaube verbreitet ist, als wären vom Abg. Ahlwardt große Entwicklungen etwa in der Weise der Panamakanälfüllungen zu erwarten. Es handelt sich also lediglich um die Frage, inwieweit diese Druckschriften als Belag dienen könnten für die Behauptungen des Abg. Ahlwardt. Die Anschuldigungen desselben knüpfen sich an die Verhandlungen über die Militärpersonensteuer, wo Abg. Ahlwardt den Abg. Richter darauf aufmerksam machte, daß das ganze Unglück für die Invaliden darin bestete, daß seiner Zeit der Invalidenfonds so eingerichtet wurde, daß er durch seine Binsen nicht das einbrachte, was nötig war, daß er also nach und nach aufgezehrt wurde. Nach der Meinung des Abg. Ahlwardt war diese Einrichtung eine unverantwortliche. Auf eine entsprechende Erwidерung des Abg. Richter sagte Abg. Ahlwardt in derselben Sitzung: "Ihr Vater ist nur eine Verdeckung des größten Unsinns, der jemals gemacht worden ist." Abg. Ahlwardt führte aus, daß, wenn der Fonds genügend hoch bemessen worden wäre, der Staat nach dem Tode des letzten Invaliden eine Summe von nahezu einer Milliarde gehabt, und dieses Geld hätte zu den größten sozialen Reformen ausgereicht. Statt dessen habe man es so eingerichtet, daß die Binsen nur zu einem Theile gedeckt wurden und das Kapital allmählich aufgezehrt wurde. Das sei geschehen, "natürlich nach Verhandlungen hinter den Kulissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Kapitalien in die Hände bekäme. Das sind die Verhandlungen, welche hinter den Kulissen stattfanden." Abg. Ahlwardt stellt also die Behauptung auf, daß die Regierung verhindert worden wäre durch Verhandlungen mit Finanzmännern, den Invalidenfonds um etwa zweihundert Millionen zu verstärken. Er hat im Laufe der späteren Verhandlungen noch ein zweites Motiv hinzugefügt: Die damalige Reichstagsmehrheit habe verhindern wollen, daß die Regierung dadurch vom Parlament unabhängig werde. Zum Beweis seiner Behauptungen hat Ahlwardt zunächst eine Broschüre übergeben mit dem Titel: "Gründungs- und Entwicklungen aus den Alten der Spezialkommission des Abgeordnetenhauses u. s. w., Separatabdruck aus der 'Deutschen Landeszeitung'". Die Schrift beschäftigt sich mit dieser Materie garnicht, sie beschäftigt sich mit denjenigen Fragen, die damals in Veranlassung einer Riede des Abg. Lasser von einer Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses untersucht worden sind. Ferner über gab er eine Denkschrift von Anton Nendorf über den Invalidenfonds, "allemäßig aus parlamentarischen Altenstücken zur Geschichte der polnischen Lage dieses Fonds". Sie enthält nichts Erhebliches, sie enthält auch nichts von Verhandlungen hinter den Kulissen. Die hauptsächlichste Broschüre, welche der Abg. Ahlwardt übergeben hat, ist die von Rudolf Meyer, "Politische Gründungen und Korruption in Deutschland". Auch sie bestätigt in seiner Weise die Behauptungen des Abg. Ahlwardt; sie sagt im Gegenthell: "Der ganze Fonds ist eine Schöpfung der Diskontogesellschaft, die sich den Plan dazu ausgeholt hat, um ihre Effekte gut unterzubringen". Das ist also das gerade Gegenthell von dem, was Abg. Ahlwardt behauptet hat. Denn wenn das richtig ist, wenn es sich wirklich so verhielte, daß die Diskontogesellschaft den Fonds hat benutzen wollen, um ihre Effekte unterzubringen, dann hätte gerade ein recht großer Fonds geschaffen werden müssen. Ich resume mit dahin: in diesen sämtlichen Broschüren steht auch nicht in einem Wort von Verhandlungen hinter den Kulissen.

Diese Behauptung wird durch das, was Ahlwardt übergeben hat, in keiner Weise begründet. Abg. Ahlwardt hat dann noch eine andere Behauptung am 26. April aufgestellt auf Grund dieser drei Broschüren, nämlich der Invalidenfonds, der Reichstagsbaufonds u. s. w. set lediglich Spekulationszwecken zu Gute gekommen, und hat versprochen, darüber in der Kommission ganz genaue Ausführungen zu geben. Dieses Versprechen hat er nicht gehalten und hat keine Beläge für seine Behauptungen beigebracht. Die Anlage-Papiere sind nicht veräußert worden mit Verlust, sondern mit Gewinn. Die finanziellen Befürchtungen sind also durch die Thatsachen widerlegt worden. Aus den Gelben des Reichstagsbaufonds waren circa 300 Millionen in nicht garantirten Eisenbahnprioritäten angelegt. Bei der Realisierung hat sich ergeben, daß nach Erledigung eines Verlustes von 200 000 M. auf der anderen Seite ein Gewinn von 5 Millionen M. gemacht worden ist. (Redner, der auf der Tribüne sehr schwer verständlich ist, verbreitete sich eingehend über die Realisation der Anlagepapiere.) Die Behauptungen des Abg. Ahlwardt sind also auch in diesem Fall nicht richtig. Er stützte sich hauptsächlich auf die Hannover-Altenbekener Bahn. In Prioritäten dieser Bahn waren aber von den 300 Millionen nur 12 Millionen angelegt, also ein ganz kleiner Theil. Herr Ahlwardt meint, daß die Bahn mit dem Werthe des Wertes bezahlt worden ist. Seine Behauptung ist falsch. Denn die Bahnanlagen wurden zwar mit 50 Millionen bei der Verstaatlichung verrechnet, die 12 Millionen aber, die der Staat von vornherein dafür angelegt hatte, waren nur ein kleiner Theil der für diese Bahn ausgebenden Papiere überhaupt. Die Beschuldigungen des Abg. Ahlwardt sind also durch den Inhalt der Druckschriften in keiner Weise erwiesen. Altenstücke hat er in Bezug auf diesen Punkt gar nicht beigebracht. Wir beantragen daher, die Beschuldigungen des Abg. Ahlwardt durch den Inhalt jener Druckschriften als nicht gerechtfertigt zu erklären.

Berichterstatter Abg. Dr. Porsch: Im Gegensatz zu meinem Vorförder bin ich in der glücklichen Lage, über Altenstücke referieren zu können, welche Abg. Ahlwardt in verschiedenen Terminen dem Hause und der Kommission überreicht hat. Ich kann mich kurz fassen, zumal über die Verhandlungen stenographische Berichte, "aus guten Gründen" aufgenommen worden sind, welche den Mitgliedern des Houses zugegangen sind. Die vom Abg. Ahlwardt erhobenen Beschuldigungen sind leider über die Grenzen unseres Vaterlandes und nicht zur Ehre Deutschlands hinausgegangen. Ich will nur referieren, damit nicht bloß die Mitglieder des Reichstages, sondern alle, die im Vaterlande und im Auslande der Sache ihr Interesse zuwenden und noch der Wahrheit zugänglich sind, unferen Besuch und unser Volum superredire können. Ich will die species facti vorhersehen. Herr Ahlwardt hat in einer früheren Sitzung über die Abmachungen hinter den Kulissen gesagt, daß es selbstverständlich ist, daß solche Abmachungen nicht offiziell sind. "Die Herren thun nicht recht daran, daß sie mich einigermaßen zwingen, altemäßig durch Unterschriften einiger Herren, die hier sitzen, und einiger Herren, die sich in der Regierung befinden, nachzuweisen, daß Verhandlungen der schlimmsten Art geführt worden sind." Es sind 11 Altenstücke, eigenhändig gezeichnet vom jetztigen Finanzminister Miquel. Es wird gezeigt werden, daß unser Volk, das sich qualità und arbeitet, von diesen Herren um Hunderte von Millionen betrogen worden ist." Abg. Richter verlangte darauf, man solle den Abg. Ahlwardt zwingen, zu beweisen, was er behauptet hat. Darauf sagte Ahlwardt: "Welche Personen das sind, habe ich Ihnen gesagt, und ich werde Ihnen den Beweis nach den Osterferien bringen. Ich erkläre, daß das durchweg Original-Altenstücke sind. Ob sie gestohlen sind oder nicht, darauf kommt es nicht an. Sie sind in meinem Besitz; ich habe sie nicht gestohlen, nehm auch nicht an, daß sie gestohlen worden sind." Nunmehr wurde die Sitzung vertagt, um dem Abg. Ahlwardt Gelegenheit zu geben, am nächsten Tage seine Beschuldigungen zu beweisen. Abg. Richter legte Wert darauf, daß Ahlwardt seine Behauptungen beweise, ehe zu viel Zeit ins Land gehe. Am 22. März erklärte Ahlwardt, es sei ihm bei der Lage, in der er sich befindet, unmöglich, die Alten, es seien zwei Zentner — es ist das, was vor mir liegt, was nicht entfernt das Gewicht von zwei Zentner hat — vorzuzeigen. Er lege denjenigen Theil, den er in Händen habe, nieder und bitte nur um die Erlaubnis, während der Ferien noch einmal Einsicht davon nehmen zu dürfen. Er lege Wert darauf, daß die Untersuchung stattfinden könne, wenn die Alten vollzählig seien. Die Vertrauensmännerkommission, zu der auch Abg. Ahlwardt hinzugezogen wurde, forderte ihn auf, einzelne Schriftstücke zu bezeichnen, welche seine Angaben zu bestätigen geeignet seien. Das hat Ahlwardt nicht vermocht, ebensowenig wie das bei der letzten Kommission der Fall gewesen ist. Die damalige Kommission beschloß, zu erklären, daß die überreichten Alten nichts zum Beweise der Behauptungen Ahlwardts enthielten. Am 22. April gab Ahlwardt in Begründung seines Antrages an, er wolle beweisen, daß Dinge vorgekommen seien, bei denen unser Volk um Hunderte von Millionen geschädigt worden sei. Er hat damals vergessen anzugeben, ob um Millionen von Mark oder Thalern, und schränkte sich dahin ein, daß das Volk nicht "betrogen", sondern geschädigt worden sei. Als bald wurde eine Kommission von 21 Mitgliedern gewählt, welche sofort zusammentrat und in den nächsten Tagen die Prüfung der Angelegenheit vornahm. Ahlwardt, der das erste Mal zu unsrer Bevölkerung nicht gekommen ist, konnte in seinen Alten sich nicht recht herausfinden, und so wurde ihm ganz ausnahmsweise auf seine Bitte gestattet, den Schriftsteller Blac zu zulassen. Bevor ich auf die Materie selbst eingehe, möchte ich einige Anschuldigungen des Abgeordneten Ahlwardt von vornherein ausscheiden. Bei Begründung seines Antrages auf Einsicht einer besonderen Kommission hat Ahlwardt gemeint, er wolle die Prüfung der Angelegenheit nicht dem Seniorenbund überlassen, weil in demselben ein Herr sitze, der durch sein Material belastet sei. Er ist dann auf weitere Grundungen eingegangen und hat bei der Hannover-Altenbekener Bahn einen scharfen Aufschlag gegen Hrn. v. Bennigsen gemacht und bemerkt, in

Inserate, die schriftgestaltete Zeitliche über deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an den vorzüglich
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen

Berantwortlicher Redakteur:
J. Hirsch
in Posen.

allen Parteien, mit Ausnahme der Zentrumspartei und der sozialdemokratischen Partei, säßen Herren, die sich an Gründungen beteiligt hätten. In Folge dessen richtete der Präsident unserer Kommission an Ahlwardt die Frage, ob außer dem Finanzminister und Herrn v. Bennigsen noch andere, und welche Personen durch diese Anschuldigungen getroffen würden. Ahlwardt gab an, er habe nur Horwitz und Mündel gemeint, die als Strohmänner bei der rumänischen Eisenbahngesellschaft fungirt hätten, sonst Niemanden. Gegen v. Kardorff habe er nichts Belastendes. Demnach bleiben aus der reichen Zahl von Namen nur Bennigsen und Miquel. Bezuglich des Ersteren gab Ahlwardt auf die Frage des Präsidenten an, in seinen Altenstücken seien Beweisthüre für die Beschuldigungen gegen Bennigsen nicht enthalten, er habe sich insbesondere auf Nendorf bezogen, sein Material richte sich besonders gegen Miquel. Damit schied auch Bennigsen aus, in Bezug auf den Altenstück nicht vorgelegt waren. In dem Briefe Calinderos sind Mündel und Horwitz als "gemeinhame Gegner" bezeichnet, also doch als Gegner der rumänischen Eisenbahngesellschaft. Der Inhalt des Briefes ergibt also das genaue Gegenthell von Ahlwardts Behauptung. Ich übergebe dabei, daß dieser Brief aus dem Jahre 1881 stammt, während die besprochenen Manipulationen Anfang der siebziger Jahre stattfanden. Die Sache erledigt sich auch durch die bestimmte Erklärung des Abg. Horwitz, nie in einer Versammlung der rumänischen Eisenbahngesellschaft gewesen zu sein. Von allen Beschuldigungen bleibt also nur das gegen den Finanzminister Gesagte übrig. Bei Gelegenheit der Einsichtnahme der Kommission haben bereits die Abg. Lieber und Frhr. v. Mantuusel hervorgehoben, daß es ein ganz außerordentlicher Vorgang sei, eine solche Vertrauenskommission einzusetzen. Die Einsicht derselben soll aber keinen Przedentsfall abgeben, insbesondere auch nicht dahin, daß damit ein Urteil abgegeben werden soll über Mitglieder des Bundesrates. Da aber von dem betreffenden Mitgliede des Bundesrates kein Einspruch erhoben worden ist, trat der Reichstag dem Verlangen des Abg. Ahlwardt bei. In der Kommission erklärte der Finanzminister, daß die Sache gar nichts mit den Reichsangelegenheiten zu thun habe. Er erhebe aber keinen Widerspruch; denn das Resultat werde ein erfreuliches sein, wenn alles zur Auflösung des Altenmaterials eingetreten. Bezuglich dieses Materials hatte Abg. Ahlwardt bei Begründung seines Antrages für nothwendig gehalten, darzulegen, wie er in den Besitz derselben gelangt sei. Es wäre zu ihm nach Erscheinen seines Buches über den Verstaatlichungskampf der arischen Völker ein Herr Meißner mit den Alten gekommen, die er durchstudirt hätte, und worin er Dinge fand, die er nicht für möglich gehalten hätte. Der Meißner erzählte, daß er als Bote der rumänischen Eisenbahn die einzelnen Stücke aus dem Papierkorb herausgezogen und zusammengelebt habe. Der Abg. Richter zitierte darauf aus einer Rede, die Ahlwardt den Abend vorher in einer Volksversammlung gehalten hatte, und worin er nach einer stenographischen Aufzeichnung gesagt habe, daß er nicht alles Altenmaterial übergeben habe, indem er die allerwichtigsten Schriftstücke zurückgehalten habe. Auf eine entsprechende Frage des Präsidenten, erklärte Herr Ahlwardt, daß allerdings in diesem Augenblick noch einige Altenstücke rückständig sind, daß sie aber beim Zusammentreten der Kommission eingegangen sein würden. Bei Beginn der Kommissionsverhandlungen fragte der Vorsitzende, ob noch Alten rückständig sind, worauf Ahlwardt erwiderte, daß er von denjenigen Alten, die geeignet seien, seine Behauptungen zu erläutern, alles, was er bestie, übergeben habe. Es sollten das Originale zu dem Exposé sein, das er dem Hause eingereicht hat. Der Präsident fragte ausdrücklich an, ob es Originale an den seien, und Abg. Ahlwardt bejahte das, meinte aber, daß einige Originale sich noch in den Händen des Schriftstellers Blac befinden. Abg. Ahlwardt versprach, sie noch an demselben Tage in die Hände der Kommission gelangen zu lassen. Auf Veranlassung der Kommission holte er den Rest der sogenannten Originale herbei und erklärte laut: "Hiermit übergebe ich den Rest." Der preußische Finanzminister erinnerte daran, daß Abg. Ahlwardt in der früheren Sitzung des Seniorenbundes von einem zerrissenen und wiederzusammengesetzten Briefe eines rumänischen Senatspräsidenten gesprochen habe, und bat festzustellen, ob sich der Brief dabei befände. Darauf erklärte Ahlwardt, daß der Brief nicht in Zusammenhang stehe mit den Anschuldigungen, und in der Plenarsitzung sei er auf diesen Brief auch nicht zurückgekommen. Die Kommission verlangte aber die Vorlegung dieses Briefes, und Ahlwardt erklärte sich nunmehr auch bereit, diesen Brief herzuzuschaffen. Nun sollte alles Altenmaterial in den Händen der Kommission sein. Als wir nun am Freitag Vormittag den Abg. Ahlwardt aufforderten, uns Altenstücke über die Quittungen der österreichischen Journalisten vorzulegen, suchte er lange in den Alten herum, ohne etwas zu finden. Er erklärte, er wäre zu aufgeregzt, er könne in dem Augenblicke sie nicht vorzeigen, aber der Schriftsteller Blac wisse Bescheid und sei bereit, sie zu zeigen. Dieser erschien am nächsten Morgen, und als wir ihn aufforderten, nachzuweisen, wo die Quittungen seien, erklärte Abg. Ahlwardt: "Ja, in den übergebenen Alten befinden sich dieselben nicht; sie befinden sich in dem blauen Altendekel, den ich Ihnen hiermit übergebe." (Hinterher.) Zum so und so vielen Male mußte der Abg. Ahlwardt selbst erklären, daß seine Verficherung, er habe sämliche Alten übergeben, unwahr sei. Am Sonnabend wurde auch zur Sprache gebracht, daß sich Abg. Ahlwardt am Tage vorher in einer Volksversammlung beklagt hatte, daß die Schriftstücke in der Kommission durcheinander gerathen seien und er das Wichtigste nicht mehr finden könne. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können, und daß Altenstücke nicht mehr finden können. Die Sache stellt sich demnach so, Abg. Ahlwardt hat die Beschuldigung erhoben, daß seine Alten von der Kommission so verwirrt worden wären, daß er die Schriftstücke, die er überreicht hätte, nicht habe finden können

gar nicht unterzeichnet zu haben. Darauf erwiederte Abg. Ahlwardt, daß er damit einen Antrag meine, den er früher habe einbringen wollen. Als der Korreferent und ich nun an das Studium der "Originalakten" gingen, stellte es sich heraus, daß weiter nichts sind als zum Theil recht unorthographische unbeglaubigte Abschriften von anderen Originalakten. (Hinterkett.) Wir haben Ahlwardt gefragt, wie er dazu käme, diese Schriftstücke "Originals" zu nennen. Darauf antwortete er: Herr Meißner hätte sie mit Kopirtinte abgeschrieben, und das wären die Originale des Herrn Meißner. (Große Heiterkeit.) Noch eins möchte ich hervorheben, was nicht geeignet war, die Glaubwürdigkeit der Abschriften uns wahrscheinlich zu machen. Zu dem Exposé waren Abschriften von Meißner überreicht und in der einen derselben war eine Kajur vorhanden. Es handelt sich um einen Brief der Diskontogesellschaft an die rumänische Eisenbahngeellschaft. Dieser Brief ist unterzeichnet "J. Miquel" und der andere Name war wegradirt. Dieser Name fand sich aber bei einem zweiten Briefe in dem sogenannten "Original", d. h. in der Meißnerischen Abschrift, und diese Unterschrift lautete: "Meißner". Es stellte sich heraus, daß dieser Meißner ein Prokurist der Diskontogesellschaft war. Dem klagten Herrn, der von der Meißnerischen Abschrift wieder eine Abschrift nahm, kam dies aber verwunderlich vor, und er griff zu dem Mittel des Radarmessers. (Große Heiterkeit.) Herr Ahlwardt äußerte sich über die Kajur nicht, er meinte nun, daß Meißner das offenbar zur Beglaubigung hingelegt habe. Als sich der ganze Sachverhalt herausstellte, da erklärte Ahlwardt, und das ist ein Beweis für ein tiefes Verständniß von Bankgeschäften (Heiterkeit): "Was jetzt konstatiert ist, habe ich nicht glauben können, nämlich, daß Meißner als angeblicher Kontorbote als Direktor unterzeichnet. (Heiterkeit.) Es habe sich die wunderbare Thatatke ergeben, daß der Vate in Abwesenheit des andern Direktors gleichsam zur Beglaubigung mit dem Direktor Miquel unterzeichnet." (Heiterkeit.) Merkwürdig ist auch die Unterschrift der Bürgschaftserklärung der Diskontogesellschaft bezüglich des Darlehens aus dem Reichsinvalidenfonds. In dieser Abschrift sind nämlich die Unterschriften folgende: Diskontogesellschaft, und es folgt darauf bloß das Wort "Unterschrift", während daneben als zweite Unterschrift ausdrücklich "Bleichröder" steht. Wir suchten nach, ob dies bloß ein Zufall war, daß bei der Diskontogesellschaft der Name des Unterschreibenden nicht genannt war, und es standen in dem Meißnerischen Original: v. Hensel und Meißner. Also in dem Meißnerischen Original, worauf sich die Anschuldigung des Abg. Ahlwardt gestützt hat, stand der Name Miquel nicht darunter, und um nicht von vornherein diese sogenannte Urkunde als vollständig beweiskräftig hinzustellen, griff man zu dem ehrlichen Mittel, die Unterschrift nicht herunterzusezen. Man verließ sich darauf, daß die Referenten es nicht merken, und daß sie dieselben nicht vertifizieren werden. Nur die Altenstücke bezüglich der rumänischen Eisenbahngeellschaft stimmen mit den Originale überein. Das ist aber der einzige Triumph. Nur das eine fehlt, daß sie nicht beweisen, was sie beweisen sollen. Sie enthalten nichts, was die vor Ostern verhandelten Thatsachen illustriren könnte. Ahlwardt sagte vor Ostern, daß seine damals überreichten Altenstücke nur im Zusammenhang mit den später zu überreichenden verstanden werden könnten. Er hat also gar nicht gewußt, daß er die eigentlichen Originale schon vor Ostern überreicht hat. (Heiterkeit.) Das wirft ein eignthümliches Licht auf seine Kenntniß von dem Material, das ihm als Grund zu Beleidigungen dient. Es befindet sich in den später überreichten Schriftstücken alle möglichen Geschichten, die mit den vorliegenden Sachen nichts zu thun haben. Drucksachen, Protokolle über Prozesse, zum Beispiel über den Prozeß Polke; auch Schriftstücke in der rumänischen Sprache befinden sich darunter, und sie machen alle den Eindruck, als ob noch niemand sich die Mühe gegeben hätte, sie einzusehen. Es ist ein Komplott aller möglichen Schriftstücke, die den Eindruck machen, als wenn niemals eine ordnende Hand unter ihnen gewaltet hätte. Abg. Ahlwardt behauptete am 25. April, daß durch die großen Kapitalmächte unter Belstand des Herrn Miquel unser Volk um hunderte von Millionen betrogen worden sei. Aus den Altenstücken geht hervor, daß die rumänische Eisenbahn-Gesellschaft in der grauenhaftesten Weise ausgewuchert ist ohne jedes Rücksicht der Diskontogesellschaft. In jenen Alten befinden sich Briefe Miquels, aus denen hervorgeht, daß von der Diskontogesellschaft bis zu 35 Prozent an Zinsen und Provisionen genommen werden sind. Ahlwardt behauptete weiter, Miquels eindliche Aussage in dem Prozeß Geblen sei ein bedauerlicher Irrthum gewesen, sonst wäre der Angeklagte freigesprochen worden. Diese Vorschüsse, von denen hier die Rede ist, stehen in keiner Beziehung zu dem Reichsdarlehen, sie sind von der Diskontobank durch die Rumänische Eisenbahn-Gesellschaft erbeten worden. Als Ahlwardt gefragt wurde, woher er seine Angaben über den Prozeß entnommen habe, sagte er, sie stammten von dem Schriftsteller Black. Black hat auch eine ältere polemische Broschüre überreicht, die allerdings auszugweise die Zeugenaussagen des jetzigen Finanzministers bringt, aber doch noch nicht beweiskräftig ist für den wirtschaftlichen Inhalt der Zeugenaussagen. Außerdem fehlt der Titel des Buches. Es soll von Beta herühren. Der Finanzminister hat in der Kommission eine ohne seinen Willen hergestellte stenographische Aufzeichnung des Prozesses beigebracht. Daraus geht hervor, daß im Jahre 1874 – das Altenstück betrifft die Zeit von 1872–73 – die rumänische Eisenbahn-Gesellschaft bei der Seehandlung ein Darlehen von fünf Millionen gegen 5 Prozent Zinsen hätte kontrahieren können, daß aber statt dessen der Aufsichtsrath sich an die Diskontogesellschaft gewendet hat. Die Gesellschaft hat für dieses Darlehen 15 Prozent Zinsen und Provision erhalten. Dies war aber nur in einem Jahre der Fall, später wurden nur 8 Prozent Zinsen und Provision bezahlt. In dem Prozeß Geblen kam aber dieses 15 Millionen-Darlehen gar nicht in Betracht, sondern es handelt sich nur um die Vorschüsse, die in den Jahren 72 und 73 gegeben worden sind. Nun hat Abg. Ahlwardt auch gegenüber der Erklärung des jetzigen Finanzministers, er habe nie selbst persönlich Geldgeschäfte gemacht, beweisen wollen, daß Herr Miquel bei der Gründung der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft für sich selber 100 000 Thaler gezeichnet hat. Auch hierfür ist nur eine unglaubliche Abschrift von Meißner beigebracht worden. Ferner erklärt sich die Zeichnung von 100 000 Thalern durch Miquel daran, daß, als die Obligationen, die Strausberg ausgegeben hatte, werthlos geworden waren, eine neue Aktiengesellschaft gegründet wurde. Die Obligationäre sollten an Stelle der Obligationen Alten erhalten. Hierzu wurden sie durch einen Aufruf aufgerufen. In Gemäßheit dieses Aufrufs an die Obligationäre hat Miquel 100 000 Thaler gezeichnet; er hätte ebenso gut 20 Millionen zeichnen können. Also auch diese Anschuldigung zerfällt in nichts. Ferner hat Abg. Ahlwardt auch behauptet, niemand sei haftbar gewesen, weder die rumänische Gesellschaft, noch die Diskontogesellschaft. Die Aktiengesellschaft sollte also getäuscht worden sein. Auch dies ist nicht bewiesen, daß irgend eine Schädigung des deutschen Kapitals eingetreten sein soll. Was nun das Gefüch an den Kaiser um Erlaß einer Stempelsteuer von 250 000 Thalern betrifft, und die Stempelbefraudung, durch welche die Reichsfinanzen einen Verlust von 30–40 000 M. erlitten haben soll, so ist auch hierfür lediglich eine Abschrift überreicht worden, die anscheinend von Meißner angefertigt ist. Aus welchem Jahre dies Gefüch herrührt, geht aus der Abschrift nicht hervor. Selbst diese Abschrift hat Ahlwardt falsch zitiert; es handelt sich nicht

um 250 000 Thaler sondern um 275 000 Mark. Für seine Anschuldigung der Preßbestechung ist ein Brief vorgezeigt worden, den Meißner angefertigt hat. Er ist ohne Datum und ohne Unterschrift. Wir haben darüber, daß das deutsche Volk um Hunderte von Millionen betrogen worden ist, nichts gefunden. Was nun die Bestechung der österreichischen Eisenbahn betrifft, so handelt es sich hier nur darum, daß die österreichische Staatsbahn, die mit dem Bau der rumänischen Bahnen betraut war, einmal eine Notz und ein andermal ein Referat an die Beleidigungen schickte, mit dem Erfüllen, den Betrag für die Aufnahme der betreffenden Notzen bei der Staatsbahn erheben zu wollen. Es handelt sich aber niemals um Bestechungen, sondern nur um Beträge von 50 bis 100 Gulden. Abg. Ahlwardt hatte sich früher bei den Anschuldigungen gegen Herrn Miquel hauptsächlich auf einen Brief der Calindero bezoogen. Die Abgeordneten Lieber und Bebel erklärten, daß sie den Eindruck gehabt haben, als ob Ahlwardt darauf das Hauptgemüth lege. Im Plenum sprach er ja auch von dem Originalbriefe eines rumänischen Senatorspräsidenten, den er als besonders gravirend hinstellte. Dieser Brief ist in deutschen Lettern geschrieben, was sehr verdächtig erscheint. In dem Briefe, in dem Datum und Jahreszahl fehlt, heißt es, daß die leibige Prozeßsache doch ein besseres Aussehen gewinnen trog der "gemeinsamen Gegner", daß der Sieg endlich errungen werden würde, und daß für die überstandene Summe der verbindlichste Dank gesagt werde. Nun hat es aber in den achtziger Jahren niemals in Rumänien einen Senatorspräsidenten Calindero gegeben. Calindero ist in seiner Beamtenstellung als Königerverwalter erst gekommen, als Miquel überhaupt nicht mehr Direktor der Diskontogesellschaft war. Ahlwardt sagte nun darauf, daß er leider den Meißner nicht zur Stelle schaffen könne, da er z. B. in Catania sei, und daß er mithin diese Behauptungen, die er ja erst in der Kommission gemacht habe, – das ist eine grobe Unwahrheit, denn er hat die Behauptung schon im Plenum gemacht – zurücknehme, und bedauere, daß die Bestechung, die doch unzweifelhaft vorliege, sich nicht auf Miquel beziehe. (Heiterkeit.) Ahlwardt mußte selbst zugeben, daß es kein Originalbrief des Herrn Calindero war, da dieser ja nicht deutsch schreiben konnte. In Bezug dieser Angelegenheit ist auch nach Abschluß der Kommissionsverhandlungen ein Telegramm eingegangen von dem Herrn Calindero, welches ich Ihnen im französischen Originaltext vorlege. (Es heißt in dem Telegramm u. A.: für den Fall, daß es sich nicht um eine Namensverwechslung handle, seien die gegen Calindero erhobenen Beschuldigungen eine "grande infamie" und es wird gegen dieselbe als "odieuxes calomnies" protestiert. Das einzige also, was überhaupt erwiesen ist, das ist, daß die Diskontogesellschaft in den Jahren 1872 und 1873 für Vorschüsse, die schließlich den Höchstbetrag von 15 Millionen erreichten, an Zinsen und Provisionen in maximo 14½ Prozent nahm. Was bleibt da von der Beleidigung übrig, daß das deutsche Volk durch Manipulationen, an denen auch der Finanzminister beteiligt war, um Hunderte von Millionen betrogen worden ist? Mit Rücksicht auf diese Ergebnisse hat die Kommission den Beschluß gefaßt, daß die Anschuldigungen des Abg. Ahlwardt nicht gerechtfertigt sind. Sie verbreitete diese Erklärung dem Reichstage, um sie seinerseits zu ratifizieren und hiermit den Antrag Ahlwardt für erledigt zu erklären. In der Kommission ist ja wohl der Gedanke in Erwägung gekommen, ob die Kommission noch weiter in irgend einer Form die Anschuldigungen, die Abg. Ahlwardt hier zu verbreiten für gut befunden, nach ihrem wahren Werthe qualifizieren sollte. Die Kommission hat davon Abstand genommen, weil sich innerhalb der Schranken, die die Ordnung dieses Hauses setzt, welche der Würde dieses Hauses entsprechen, eine Dualifikation für Anschuldigungen, die auch nur einigermaßen die Sache treffen, gar nicht finden läßt. Ich muß mich daher darauf beschränken, den Abg. Ahlwardt an ein Wort zu erinnern, das er selbst hier am 25. April ausgesprochen hat: "Von einer Verleumdung meinerseits ist wohl absolut nicht die Rede. Die Absicht zu verleumden steht mir vollständig fern. Ich kann mich irren. In dieser Beziehung ist ja ein Irrthum nicht ausgeschlossen, wie ja die Belege zeigen!" Was die Belege zeigen, habe ich Ihnen auszeln dargelegt. Ob nun Abg. Ahlwardt annimmt wird, daß das zutrifft, was er für den Fall des Nichtbeweises seiner Anschuldigungen gesagt hat, muß ich ihm und kann ich getrost der öffentlichen Meinung des Vaterlandes überlassen. Ich handele im Sinne der ganzen Kommission, wenn ich angestellt dieser eigenen Erklärung des Abg. Ahlwardt nur das Eine ihm gegenüber zum Schlusse ausspreche: Wenn Abg. Ahlwardt nur einen Funken von Verständniß für die Sache hat, daß er von der Tribüne des Reichstags verhandelt hat und wenn er nur einen Funken von Ehrgefühl im Leibe hat, dann wird er die schweren Anschuldigungen, die er sich nicht gescheut hat, von der Tribüne des Reichstags gegen Mitglieder des Hauses und des Bundesrates auszusprechen, zu rütteln. Den Zinsfuß können Sie nicht herabsetzen, ebensoviel den Zwiespalt mit dem Eide und den Erlaß der Stempelsteuer aus der Welt schaffen. Ich konnte nicht wissen, daß der Zeuge so schnell entzweit wurde. (Lachen.) Ich muß – das bin ich meinen Wähler schuldig – mit aller Entschiedenheit gegen solche Zustände anstreiken. Ich soll hier im Hause für meine Überzeugung kämpfen und bin von vornherein mit Misstrauen empfangen worden (Lachen), ich habe einen schweren Stand. Ich werde von einem Theile des Reichstags in einer Weise angegriffen, die nicht einer ehrlichen Kampfweise entspricht. (Präsident v. Lebwohl ruft den Redner wegen dieses Ausdrudes zur Ordnung.) Den Kampf gegen Miquel werde ich weiter fortführen. Ob ich damit bei Ihnen Anfang finde, ist mir gleichgültig. Ich kann erklären, daß ich pflichtgemäß die Dinge, die mir zur Kenntniß gekommen waren, mitgetheilt habe. Wenn ich in diesem oder jenen Punkte irre, so erkenne ich meinen Irrthum an. Wenn ich auch noch so sehr persönlich angegriffen werde, ich bin diesen Kampf meinen Wählern und den produktiven Volkstypen schuldig.

Präsident v. Lebwohl: Ich schließe die Diskussion, da sich niemand weiter zum Wort gemeldet hat.

In seinem Schlussswort bemerkt Referent Dr. v. Cuny, daß Ahlwardt seine Behauptungen im Bezug auf den Invalidenfonds aufrecht erhalten habe. Demgegenüber stellt er fest, daß die Kommission einstimig ihren Beschluß gefaßt habe.

Referent Dr. Pösch berichtet über die Petition der Wittwe Siebrich. Dieselbe bittet, den Beschluß hinauszuschieben, "damit sie Herrn Professor Ahlwardt in seinen Behauptungen unterstützen könne." (Heiterkeit.) Die andere Petition des Herrn Wagenbret weist viele Dinge zu erzählen, so auch von einem geheimen Orden. (Große Heiterkeit.) Es gäbe wohl kein Kommissionsmitglied, das sich im Ernst auf diesen Antrag eingelassen habe. Wenn sich Abg. Ahlwardt über die Kommission beschwert habe, so erwidere er ihm, daß dieselbe ja auf keinen Wunsch eingezetzt worden sei. Ahlwardt könne sich also nicht beklagen, wenn sich die Kommission der "nicht immer sehr angenehmen" Nähe unterzogen habe. Auch sei ja der Kommissionsbeschluß einstimmig von den 21 Mitgliedern gefaßt worden. Ebenso sei Ahlwardt daran zu erinnern, daß die Alten zwei Tage lang geprüft worden seien, längere Zeit auch in Gemeinschaft mit dem Abg. Ahlwardt. Es steht fest, daß Ahlwardt die Alten nicht gekannt hat, obwohl er Zeit hatte, sie durchzuführen. Es scheint, als ob Ahlwardt seine kommende Broschüre uns schon heute zum Besten gegeben habe. Er hat zwar einen Vorwurf zurückgezogen, aber nicht, ohne in demselben Augenblide einen andern Vorwurf aufrechtzuhalten und noch einmal auszusprechen, indem er nämlich die Anschuldigung gegen Calindero trotz dessen Wider spruch wiederholt hat. Ich muß das zurückweisen.

Der Brief, auf den sich Ahlwardt beruft, ist wahrscheinlich gefälscht, denn er ist in deutscher Sprache verfasst, aus Bulgaristan, obwohl weder Caliendo deutsch kennt, noch deutsche Sekretäre gehabt hat. Ahlwardt bedauert, daß Meissner verübt hat. Dieser konnte doch über höchstens beeinhalten, daß der Brief des Caliendo an Herrn Miguel war und daß Wechselseitigkeit erlassen wurde. Über die Hauptfrage betreffs der Vorwürfe an die rumänische Eisenbahn hätte er nichts sagen können. Die Behauptungen Ahlwardts betreffs des Eides des Herrn Miguel sind absolut unerwiesen geblieben, wie alle seine anderen Anschuldigungen. Der Reichstag hat Gott sei Dank einen Mann wie diesen in seinen Mauern bisher nicht gesehen. Unserem Finanzminister müssen wir noch den besonderen Dank aussprechen, daß er die Bedeutlichkeit einer Beihilfung des Bundesrats an den Verhandlungen einer solchen Kommission hinzugegangen ist. Ihnen Theil nahm im Interesse der Moral und des öffentlichen Vertrauens und zur Warnung und wenn möglich zur Belehrung für denjenigen Theil der Bevölkerung, der von einem Manne wie Ahlwardt irreguliert wird. (Beifall.)

Der Kommissionsbeschluß wird hierauf einstimmig angenommen. Auch die anwesenden antisemitischen Abgeordneten Lieberman, v. Sonnenberg und Zimmermann stimmen für den Antrag.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Militärvorlage).

Schluß gegen 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung vom 2. Mai, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.) Die zweite Beratung des Kommunalsteuergesetzes wird bei § 75 fortgesetzt, der die Konsequenz von den bisherigen Bestimmungen auf die Kreis- und Provinzialsteuern zieht. Ein Antrag Frhr. v. Weditz verlangt, daß die Kreis- und Bezirksausschüsse zur Ausführung der Bestimmungen sich schon ein Jahr vor Inkrafttreten des Gesetzes schlüssig machen können.

Frhr. v. Riekhofen-Gäbersdorf (ton.) beantragt, in § 75 eine Bestimmung einzufügen, wonach „diejenigen Kreissteuerpflichtigen, welche in einer anderen als ihrer Wohnsitzgemeinde Grundbesitz oder Gewerbebetrieb haben, zu verlangen berechtigt sind, daß die vom Kreise auf das Einkommen aus diesem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb gelegten Kreissteuern in der Betriebsgemeinde erhoben werden. Dabingehende Anträge der Kreissteuerpflichtigen sind vor der Festsetzung der Kreissteuern an die Kreisverwaltung zu richten.“ Nachdem Abg. Herold (Btr.) für den Kommissionsbeschluß, Abg. Frhr. v. Weditz (frt.) für den von ihm gestellten Antrag und Abg. v. Jagow (ton.) für den Antrag Riekhofen eingetreten sind, erklärt

Geheimrat Noell, die Staatsregierung habe kein Bedenken gegen den Antrag Weditz, bitte dagegen um Ablehnung des Antrags Riekhofen, da der selbe die Ausschreibung der Kreisabgaben erheblich erschwere.

Abg. Frhr. v. Riekhofen (ton.) weist darauf hin, daß sein Antrag eine Art Doppelbesteuerung vermeiden wolle.

Finanzminister Dr. Miguel bemerkte, der Antrag hänge von so feinen juristischen Voraussetzungen ab, daß es schwer sei, sich hier im Plenum darüber ein Urtheil zu bilden. Die Konsequenzen des Antrags ließen sich kaum übersehen. Schon aus diesem Grunde sei vorläufig die Ablehnung empfehlenswert. Vielleicht lasse sich zwischen zweiter und dritter Lesung ein Ausweg finden.

Abg. Frhr. v. Huenne (Btr.) erklärt, zwischen der zweiten und dritten Lesung würden noch die verschiedenen Parteien zu freier Vereinbarung zusammen treten, bei der hoffentlich auch die Mitwirkung der Regierung nicht fehlen werde.

Abg. Frhr. v. Riekhofen (ton.) zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. v. Buch (ton.), Böck (ton.), des Geheimraths Möll und der Abg. Frhr. v. Weditz (frt.) und Dr. Friedberg (nl.) wird § 75 mit dem Antrag Weditz angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen erledigt.

Damit ist die zweite Lesung des Kommunalsteuergesetzes beendet.

Die Sekundärbahnbvorlage wird in zweiter Lesung ebenfalls unverändert angenommen.

Damit ist die Tagesordnung eröffnet.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (dritte Lesung des Sekundärbahngesetzes, Antrag Weditz, betr. Stadtewiterungen. Kleinere Vorlagen.)

Schluß 1½ Uhr.

Herrenhaus.

13. Sitzung vom 2. Mai, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle der Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend Änderung des Wahlverfahrens.

Hierzu liegt ein Antrag Graf v. Hompesch vor, dem Entwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung seine Zustimmung zu ertheilen. Die Unterstützung zu diesem Antrag reicht nicht aus.

Berichterstatter Graf v. Klinkowström: Die Kommission hat verschiedene Änderungen vorgenommen; denn sie wollte ein Gesetz schaffen, das gut ausführbar ist. Zu diesem Zweck haben wir folgendes geändert: In § 1: An Stelle: „Von der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler entfallen fünf Zwölftel auf die erste Abteilung, vier Zwölftel auf die zweite und drei Zwölftel auf die dritte Abteilung“ zu lesen: „Auf jede Abteilung fällt ein Dritttheil der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler, und in § 2 an Stelle der Worte Urwähler, welche zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, wählen in der dritten Abteilung. Berücksichtigt sich in Folge dessen die auf die erste und zweite Abteilung entfallende Gesamtsteuersumme, so findet die Bildung dieser Abteilungen in der Art statt, daß von der übrig bleibenden Summe fünf Neuntel auf die erste Abteilung, vier Neuntel auf die zweite Abteilung entfallen, zu lesen: Berücksichtigt sich in Folge dessen die auf die erste und zweite Abteilung entfallende Gesamtsteuerumme, so findet die Bildung dieser Abteilungen in der Art statt, daß von der übrig bleibenden Summe auf die erste und zweite Abteilung je die Hälfte entfällt. Ich bitte Sie, diese Vorschläge anzunehmen.“

Graf Frankenberg: Die Steuerreform ist noch nicht zum Abschluß gebracht. Warum hat man denn solche Eile, die Änderung des Wahlgesetzes in der jetzigen, unruhigen Zeit vorzunehmen? Im Abgeordnetenhaus hat der Stedner des Zentrums zwar, um politische Kinder zu schrecken, den Ausdruck „kapitalistische Agglomeration“ gebraucht; davon ist aber auf dem Lande keine Rede. Wenn jemand vermöge seiner sozialen Stellung einen besonderen Platz in der Gemeinde einnimmt, so ist es nicht zu bedauern, wenn er auch besonders stimmt.

Graf Frankenberg: Die Steuerreform ist noch nicht zum Abschluß gebracht. Warum hat man denn solche Eile, die Änderung des Wahlgesetzes in der jetzigen, unruhigen Zeit vorzunehmen? Im Abgeordnetenhaus hat der Stedner des Zentrums zwar, um politische Kinder zu schrecken, den Ausdruck „kapitalistische Agglomeration“ gebraucht; davon ist aber auf dem Lande keine Rede. Wenn jemand vermöge seiner sozialen Stellung einen besonderen Platz in der Gemeinde einnimmt, so ist es nicht zu bedauern, wenn er auch besonders stimmt.

Frhr. v. Stumm: Die Gefahr eines politischen Uebergewichtes der Blutokratie des an der Börse spielenden Kapitals sei nicht vorhanden. Verstehe man unter Blutokratie den Besitz, so sei es gerade Aufgabe des Herrenhauses, dessen Einfluss zu schützen. Es handele sich hier um den Kampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen, der desstruktiven Elementen gegen den Staat, um einen Kampf

für Moral, Kultur, Religion. Es handelt sich um den Kampf der staatenhaltenden Elemente gegen die Sozialdemokratie. Die Regierungsvorlage gab der Sozialdemokratie einen Vorschub.

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Ich wundere mich darüber, daß der Vorreiter bei der Regierungsvorlage eine Konvention gegen die Sozialdemokratie findet. Durch die Anrechnung der Realsteuern ist doch den bestehenden Klassen der ihnen gebührende Einfluß in vollem Maße gewahrt worden. Aber nach der Ansammlung der großen Vermögen in einer Hand, nach den Veränderungen der Einkommensteuer ist unser Wahlgesetz ein ganz anderes geworden, als es früher war. Die Bestimmung über die Niederschreitung von mehr als 2000 Mark hat dieselbe Richtung, aber sie verfolgt diese in willkürlicher Weise. (Zustimmung.) So nothwendig es ist, das staatenhaltende Prinzip im Gesetz zum Ausdruck zu bringen, so sehr muß es vermieden werden, es auf momentane Berechnungen zu stützen. In einer großen Reihe von Städten wurde jene Bestimmung des Abgeordnetenhauses die Verhältnisse geradezu umkehren. Aus diesen Gründen kann ich Ihnen nur raten, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Graf v. Schlieben bedauert, daß ein Kompromiß von solcher Art zwischen dem Zentrum und den Konservativen im Abgeordnetenhaus zu Stande gekommen ist.

Graf v. Pfeil findet, daß unser ganzes Wahlrecht auf völlig falschen Grundlagen aufgebaut ist. Unser Wahlrecht sehe das Volk als eine große Klasse an, die sich nur durch das Maß von Steuern von einander unterscheidet. Unser Wahlgesetz müsse auf der deutschen Idee der standischen Interessenvertretung aufgebaut werden.

Frhr. v. Durst tritt ebenfalls für eine Zusammensetzung des Parlaments nach Verlustständen ein.

Oberbürgermeister Becker führt aus, daß es jetzt unmöglich gewesen wäre, das in der Verfassung verbaute definitive Wahlgesetz zu machen, daß aber die Verschiebungen in Folge der neuen Steuergesetze ausgleichen werden müssten. Dazu scheine ihm die Regierungsvorlage am geeignetesten. Wenn man aber nach den Beschlüssen der Kommission die bisherige Drittteilung der Steuersumme aufrecht erhalten würde, würde man gerade Wähler der ersten und zweiten Klasse erheblich beeinträchtigen. Den bisherigen, tatsächlichen Verhältnissen müsse man gerecht werden, wenn man etwas für die Dauer schaffen wolle. Er empfiehlt deshalb, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

v. Bemberg bedauert, daß bei Beratung dieses Gesetzes im andern Hause nicht nur sachliche, sondern auch andere Gründe mitgewirkt hätten. Dem allgemeinen Landesinteresse sei damit nicht gedient. Er bitte deshalb die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen.

v. Wedell-Biesdorff ist der Ansicht, daß durch die Zwölfteilung eine Verziehung in den ländlichen Bezirken entstehen würde. Er empfiehlt einen Antrag, nach welchem die Steuerbeträge über 2000 Mark zur Hälfte angerechnet werden sollen. Dadurch würde die vielfach herrschende Unzufriedenheit beseitigt werden.

Graf v. d. Schulenburg-Weehendorf empfiehlt die Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion über § 1 spricht sich

Oberbürgermeister Bender für die Zwölfteilung aus.

v. Wedell-Biesdorff für die Drittteilung aus.

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg führt aus, daß, wenn die Bevölkerung des Ostens, namentlich die ländliche Bevölkerung, durch das Wahlgesetz mehr beeinflußt werde, man einen Durchschnitt ziehen und danach die Wirkungen des Gesetzes bemessen müsse.

§ 1 wird unter Ablehnung der Anträge Bender und Wedell in der Kommission fassung, wonach die Steuergrenze von 2000 M. wieder befestigt und statt der Zwölftteilung der Steuerbeträge die Drittteilung wieder eingeführt wird, angenommen.

Die §§ 2, 3 und 4 werden ohne wesentliche Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Gesetzentwurf über die Lehrer-Ruhgehaltskassen.) Schluß 4 Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Mülheim a. Rhein, 2. Mai. Bei der heute hier stattgehabten Wahl eines Landtags-Abgeordneten wurde der Kandidat des Zentrums Rentner Rings zu Königswinter mit 496 von 508 Stimmen gewählt, während auf den Oberpräsidenten von Bemmigsen 6 und auf den Pfarrer Düsterwald zu Scheiderhöhe (Btr.) ebenfalls 6 Stimmen fielen.

Gablonz, 2. Mai. In den Fabriken der Firma Mauthner u. Oesterreicher in Grünwald treffen wegen Maßregelung einiger kontraktbrüchiger Arbeiter 400 Weber. In der bietigen Fabrik von Hoffmanns Söhne u. Brandel sind 300 Arbeiter, welche gestern gefeuert haben, entlassen worden. Der Betrieb wurde eingestellt.

Karlsruhe, 2. Mai. Das Kaiserpaar traf heute Abend hier ein und wurde auf dem Bahnhofe von dem Großherzog und den Mitgliedern der großherzoglichen Familie begrüßt. In den geschmückten Straßen begrüßte das Publikum das Kaiserpaar. Bald nach der Ankunft fand im Schloß im engsten Kreise Familientafel statt.

Wien, 2. Mai. Der ehemalige Statthalter von Mähren Baron Adolf Voche stürzte sich heute in selbstmörderischer Absicht aus dem dritten Stockwerke seines Wohngebäudes, verlebte sich lebensgefährlich und starb bald darauf. Als Motiv wird Furcht vor Blinder angegeben.

Wien, 2. Mai. Wie das „Wiener Extrablatt“ aus Kairo meldet, soll der Khedive beabsichtigen, demnächst Konstantinopel und Wien zu besuchen.

Petersburg, 1. Mai. Die Schiffsfahrt im Meerbusen von Riga dürfte morgen wieder eröffnet werden, nachdem die Einfahrt bei Domes-Näg. welche durch Eis gesperrt war, wieder frei geworden ist, wenn sie auch noch Schwierigkeiten bietet. Auch der Hafen von Riga dürfte bald wieder zugänglich werden, da unter der Einwirkung eines günstigen Windes das Eis von der Rhee zu schwinden beginnt.

Petersburg, 2. Mai. Heute fand unter dem Vorsitz des Departementsdirektors für Eisenbahn-Angelegenheiten die Eröffnung der Kommission für die Generaldurchsicht der Getreidefäkte der russischen Eisenbahnen statt. Die Kommission besteht aus 60 Mitgliedern, darunter die Direktoren des Handelsdepartements und des Delonomiedepartements, Vertreter der Landwirtschaft aus dreizehn Gouvernements, Vertreter der Börsenkomitees von Petersburg, Nični, Saratow, Inlet, Warschau, Rostow, Odessa, Nicolajew, Libau, Riga und Reval sowie Vertreter verschiedener Eisenbahnen.

Petersburg, 2. Mai. Es ist ein Gesetz promulgirt worden, welches die Lehrthätigkeit der Melammeds (jüdischen Talmudlehrer) von Zeugnissen abhängt, welche von der Volkschulbehörde zu diesem Zwecke auf ein Jahr verabfolgt werden.

Warschau, 1. Mai. Der katholische Erzbischof von Warschau, Papiel und der Bischof von Bock haben mit Genehmigung der Regierung dem Papst aus Anlaß seines jüngst stattgefundenen

Bischofs-Jubiläums Glückwunsch-Adresse und einen Peterspfennig im Betrage von 32000 resp. 23000 Lire überwand.

Amsterdam, 1. Mai. Überall im Lande sind die von den Arbeitern veranstalteten Kundgebungen friedlich verlaufen. In Groningen veranstalteten die Theilnehmer an einer Versammlung, in welcher der Sozialistenführer Domela Nieuwenhuis die Ansprache gehalten hatte, einen Umzug. Als die Menge der polizeilichen Aufforderung, sich zu zerstreuen, nicht nachkam, zog die Polizei blank und trieb die Demonstranten mit der blauen Klinge auseinander. Mehrere Personen wurden dabei durch Säbelstöße verwundet, eine der selben schwer. Jetzt ist überall die Ruhe wiederhergestellt.

Paris, 2. Mai. Das Exekutivkomitee für die Kundgebung vom 1. Mai hat einen Protest gegen die Haltung der Polizei und die vorgenommenen Verhaftungen abgefaßt.

Die Zahl der in Paris erfolgten Verhaftungen wird auf etwa 100 geschätzt, von denen nur 23 aufrecht erhalten wurden.

Paris, 1. Mai. Ein Arbeitertrupp spannte in Lyon aus einigen Pferdebahnwagen die Pferde aus. Die Polizei schritt ein, zwei Agenten wurden verwundet, einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Zu Rouen im Departement Ardennen fanden Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei statt. Ein Gendarm wurde verwundet.

Paris, 2. Mai. Die Mehrzahl der Blätter äußert sich befriedigt über den Verlauf des 1. Mai. Nur die radikalalen Blätter greifen die Regierung heftig an wegen der Vorfall vor der Arbeitsbörse und wegen der Verhaftung Baudins, der von den Polizisten mishandelt worden sei. Die Radikalen oder die Sozialisten dürften die Angelegenheit wahrscheinlich heute in der Kammer zur Sprache bringen.

Marseille, 1. Mai. Am Schlusse eines im Chateau de Fleurs stattgehabten Arbeitermeetings hielt einer der Manifestanten eine rote Fahne. Es entstand ein tumult, bei welchem zwei Polizeikommissare Verlebungen erhielten. An einer anderen Stelle der Stadt wurde eine Kavallerie-Abteilung mit Steinen beworfen, wodurch drei Husarenoffiziere verwundet wurden. Auch mehrere Schuhleute wurden in gleicher Weise verletzt, ein Schuhmann erhielt eine Wunde an der Stirn.

Dundee, 2. Mai. Der Streik der Jute-Arbeiter in Folge der prozentuellen Lohnherabsetzung nimmt zu. 19000 Arbeiter feiern. Die Streitenden zogen heute mit Wut durch die Straßen.

Christiania, 2. Mai. Im heutigen Staatsrath wurde die Demission des Ministers Steen angenommen und das Ministerium Stang ernannt. Die Mitglieder desselben sind: Emil Stang, Staatsminister in Christiania; Gram, Staatsminister in Stockholm; ferner Staatsräthe: Hagerup, Thorne und Furu; ehemalige Staatsräthe: Bang, Professor; Olsson, Artillerie-Hauptmann; Nielsen, Betriebsdirektor; Moesfeld, Professor des höchsten Gerichts und Warbis, Konul. Die Portefeuilles sind noch nicht unter die Mitglieder des neuen Kabinetts vertheilt.

Madrid, 1. Mai. Die notwendigen Verstärkungen sind nach der Insel Cuba abgegangen.

Madrid, 2. Mai. In den Bergwerken von Gallarta versuchten mehrere Ausständige die Arbeitenden an der Fortsetzung der Arbeit zu verhindern, so daß die Gendarmerie einschreiten musste. Die Gendarmen wurden mit Steinen beworfen und gaben Feuer; ein Arbeiter wurde verwundet.

Auch in Malaga versuchten Arbeiter die Arbeit im Hafen zu verhindern, jedoch kam es nicht zu ernsten Ruhestörungen.

Konstantinopol, 2. Mai. Der serbische Oberst Markovitsch, welcher am Sonntag dem Sultan die Thronbesteigung des Königs Alexander notifizierte, wurde von dem Sultan wohlwollend empfangen und erhielt den Großcordon des Medschidje-Ordens.

Sofia, 2. Mai. Sämtliche Listen mit den regierungsfreundlichen Kandidaten befinden sich außer den früheren Ministern auch Zankow und mehrere seiner Anhänger, welche auf ihr ausdrückliches Verlangen in die Listen der Regierungsfreundlichen aufgenommen worden waren.

Berlin, 3. Mai. Die Nordb. Allg. Ztg. schreibt: „Während die Mittheilungen der Blätter über einen Verständigungsantrag des Abg. v. Hüne zur Militärvorlage in Details von einander abweichen, dürfte feststehen, daß es sich in der Hauptsache darum handelt, neben einer vollen Kompensation für die zweijährige Dienstzeit alle Neuformungen mit Ausnahme der geforderten Schwadronen zu bewilligen. Die Zustimmung der Konservativen ist zweifellos. Indem diese Partei auch jetzt wieder als erste einem ausführbaren Verständigungsvorschlag zustimmt, der ein wirkliches Angebot darstellt, beweist sie, in wie hohem Grade siefähig ist, in Fragen, welche die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes betreffen, alle anderen Rücksichten zurücktreten zu lassen.“ (Aha!)

Spiritus loko höher, p. Mai-Juni 23^{1/4} Br., per Junt-Juli 24^{1/4} Br., per Juli-August 24^{1/4} Br., per August-Septbr. 25^{1/4} Br. — Kaffee fest. Umsatz 4500 Sad. Petroleum loko matt, Standard white loko 5,20 Br., per August-Dezember 5,20 Br. — Better: Schön.

Hamburg, 2. Mai. Kaffee. (Schlussbericht). Good average Santos per Mai 74, per Septbr. 73^{1/4}, per Dez. 73, per März 72^{1/4}. Ruhig.

Hamburg, 2. Mai. Budermarkt. (Schlussbericht.) Rüben-Hochzucker I. Produkt Basis 88 v.Ct. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Mai 17,47^{1/2}, per August 17,77^{1/2}, p. Sept. 16,25, per Okt. 14,15. Ruhig.

Pest. 2. Mai. Produktenmarkt. Weizen steigend, per Mai-Juni 8,03 Gb., 8,05 Br., per Herbst 8,28 Gb., 8,30 Br. Hafer p. Herbst 6,25 Gb., 6,30 Br. Mais per Mai-Juni 4,76 Gb., 4,78 Br., per Juli-August 5,00 Gb., 5,02 Br. Kohlraps per August-September 15 Gb., 15^{1/4} Br. — Better: Schön.

Paris, 2. Mai. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig, p. Mai 20,70, p. Juni 21,10, p. Juli-August 21,60, p. September-Dez. 22,20. — Roggen beh., ver Mai 14,40, ver Septbr.-Dezbr. 15,20. — Mehl matt, per Mai 46,00, per Juni 46,50, per Juli-August 47,30, ver Septbr.-Dezbr. 47,60. — Rüböl matt, per Mai 59,25, per Juni 59,50, per Juli-August 60,25, ver Septbr.-Dezbr. 61,50. — Spiritus beh., per Mai 49,00, per Mai 48,75, per Juli-August 48,25, per Septbr.-Dez. 44,00. — Better: Schön.

Paris, 2. Mai. (Schluss.) Rohzucker fest, 88 Proz. loko 45,25. Weizen Buder ruhig, Nr. 3, per 100 Kilogramm per Mai 48,50, per Junt 48,75, per Juli-August 49,00, per Okt.-Dez. 39,25.

Petersburg, 2. Mai. Produktenmarkt. Talg loko 59,00, per August —. Weizen loko 11,00, Roggen loko 8,80, Hafer loko 5,00, Hanf loko 44,00, Leinsaat loko 14,75. — Better: Kalt.

Havre, 2. Mai. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Haufse.

Rio 400 Sad, Santos 500 Sad Rezzetess für 2 Tage.

Havre, 2. Mai. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann Biegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, per Mai 87,50, p. Sept. 88,75, p. Dez. 88,75. Behauptet.

Amsterdam, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen per Mai 175, per November 181. — Roggen per Mai 137, per Oktober 133.

Amsterdam, 2. Mai. Java-Kaffee good ordinary 50.

Amsterdam, 2. Mai. Vancazinn 55^{1/2}.

Antwerpen, 2. Mai. (Telegr. der Herren Willens und Co.) Wolle. La Blata-Zug, Type B., Mai 4,67^{1/2}, Jult 4,75, Okt. 4,85 Käufer.

Antwerpen, 2. Mai. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raf-fineries Type weiss loko 12^{1/4} bez. u. Br., p. Mai 12^{1/4} Br., per Mai-Juni 12^{1/4} Br., per Septbr.-Dezbr. 12^{1/4} Br. Schwach.

Antwerpen, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste ruhig.

London, 2. Mai. Chilli-Kupfer 44^{1/4}, p. 3 Monat 44^{1/4}.

London, 2. Mai. 96 v.Ct. Tabakzucker loko 17^{1/4} ruhig.

London, 2. Mai. An der Küste 4 Weizenladungen angeboten.

Better: Bewölkt.

Liverpool, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen und Mehl unv., Mais 1/4 d. niedriger. — Better: Regen.

Liverpool, 2. Mai. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 7000 Ball, davon für Spekulation u. Export 500 Ballen.

Amerikaner fest, 1/4 höher, Surats unb.

Middl. amerit. Lieferungen: Mai-Juni 4^{1/4} Verkäuferpreis, Juli-August 4^{1/4}, do. September-Oktober 4^{1/4} Käuferpreis, Novbr.-Dezbr. 4^{1/4}, do.

Liverpool, 2. Mai. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 500 Ballen. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Mai-Juni 4^{1/4} Verkäuferpreis, Juni-Juli 4^{1/4} Wert, Juli-August 4^{1/4} Käuferpreis, August-

Septbr. 4^{1/4}, Verkäuferpreis, Septbr.-Oktober 4^{1/4}, do. Oktober-Novbr. 4^{1/4}, Käuferpreis, Novbr.-Dezbr. 4^{1/4}, Verkäuferpreis, Dezbr.-Januar 4^{1/4}, Käuferpreis.

Hull, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen fest. — Better: Bewölkt.

Glasgow, 2. Mai. Rohzucker. (Schluss.) Mixed numbers warrants 40 sh. 8 d.

Newyork, 2. Mai. Weizen-Berschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 84 000, do. nach Frankreich 44 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 55 000, do. nach Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien —, do. nach anderen Häfen des Kontinents —. Orts.

Newyork, 1. Mai. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7^{1/4}, do. in New-Orleans 7^{1/4}. — Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,40, do. Standard white in Philadelphia 5,35 Gb. Rohes Petroleum in New-York 5,20, do. Pipeline Certificates, per Junt 64^{1/2}. Flau. Schmalz loko 10,30, do. Rohe u. Brothers 10,65. Zucker (Fair refining Muscovad) 3^{1/4}. Mais (New) p. Mai 49^{1/4}, p. Junt 49^{1/4}, p. Jult 50^{1/4}. Rother Winterweizen loko 76^{1/4}. Kaffee Rio Nr. 7, —. Mehl (Spring clears) 2,40. Getreidebrat 1^{1/4}. — Kupfer 11,00. Rother Weizen per Mai 7^{1/4}, per Jult 78^{1/4}, per August 79^{1/4}, per Dez. 83^{1/4}. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Junt 14,40, p. August 14,35.

Chicago, 1. Mai. Feiertag.

Newyork, 2. Mai. Weizen pr. Mai 75^{1/4} C., pr. Juli 78^{1/4} C.

Berlin, 3. Mai. Better: Regnerisch.

Fonds- und Altien-Börse.

Berlin, 2. Mai. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Kurien auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber geschäftliche Auseinandersetzung in keiner Beziehung dar. — Hier entwidete sich das Geschäft anfangs auf einigen Gebieten etwas lebhafter, gestaltete sich aber weiterhin ganz allgemein wieder ruhig, als bei wachsendem Angebot und vorherrschender Neigung zu Realisierungen die Haltung sich abschwächte und die Kurie durchschnittlich etwas nachgaben; der Börsenschluß blieb schwach. — Der Kapitalmarkt bewahrte feste Gesamthaltung für heimische solide Anlagen; Deutsche Reichs- und Preußische konjunkturale Anleihen fest aber ruhig, 3^{1/4} prozentige Reichs-Anleihe abgeschwächt. — Fremde, festen Zins tragende Papiere waren ziemlich behauptet. Ungarische Goldrente und Italiener etwas abgeschwächt. Russische Noten schwach. — Der Privatdiskont wurde mit 2% Prozent notirt. — Auf internationalem Gebiet gaben Österreichische Kreditanleihen nach fester Eröffnung etwas nach. Lombarden und Buschthraden schwächer. Gotthardbahn und andere Schweizerische Bahnen fest. — Banknoten in den Kassawerthen ruhig; die spekulativen Devisen etwas lebhafter und anfangs fester, dann durchschnittlich nachgebend. — Industriepapiere wenig verändert und ruhig. Montanwerthe im Verlaufe des Verkehrs abgeschwächt.

Produkten-Börse.

Berlin, 1. Mai. In Newyork war der Weizenpreis gestern wenig verändert. An der hiesigen Börse konnte der Eintritt von Regenwetter heute nicht zu durchgreifender Wirkung gelangen, da gleichzeitig ungünstige Saatenstandsergebnisse aus dem Inlande und aus Südrussland vorlagen. Roggen soll in Deutschland auf leichten Feldern erheblich gelitten haben. In Weizen war das Geschäft ziemlich lebhaft bei wenig niedrigeren Preisen. Auch in Rogen war der Umsatz leidlich gut; die anfänglich 1/4 Mark niedrigeren Preise erholteten sich später, nachdem die Ankündigungen Aufnahme gefunden hatten. Hafer war bei stilllem Geschäft etwas schwächer. Roggen m. e. war bei wenigen Umsätzen etwas niedriger, schloß aber bestfestigt. Rüböl behauptet. In Spiritus war die Lofo-zufuhr wieder ungenügend, sodass die Preise für effektive Waare wie auf Termine um 70 Pf. angesogen.

Weizen (mit Ausschluss von Raubweizen) per 1000 Kilogr. Loto ohne Umsatz. Termine schließen fest. Gefündigt 1250 Loto-Kündigungspreis 157 M. Loto 154—163 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 158 M., per diesen Monat und per Mai-Juni 156^{1/4}—157,5 bez., per Junt-Juli 158,25—158,75 bez., per Juli-August 160—160,25 bez., per August-Sept. —, per Sept.-Oktober 162,25 bis 162,75 Mark bezahlt.

Roggene ner 1000 Kilogramm. Loto wenig Angebot. Termine schließen fest. Gefündigt 3300 Tonnen. Kündigungspreis 137,5 M. Loto 130—138 M. nach Qual. Lieferungsqualität 137 M., inländ. guter 137 ab Bahn bez., per diesen Monat — M. per Mai-Juni 137,25—137,5—138,25 bez., per Junt-Juli 139,5—139,75—139,25—140,25 bez., per Juli-August 141,75 bis 142—141,5—142,25 bez., per August-Sept. — bez., per Sept.-Oktober 145—145,25 bis 144,75—145,75 Mark bez.

Gerte der 1000 Kilo. Still. Große und kleine 138—175, Futtergerste 115—135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogr. Loto gut behauptet. Termine schwanken. Gefündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis 149 M. Loto 144—160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 146 M. Bommerischer mittel bis guter 144—149 M. bez., feiner 150 bis 153 bez., preußischer mittel bis guter 144 bis 149 bez., feiner 150—154 bez., schlechter mittel bis guter 145—149 bez., feiner 150—154 bez., per diesen Monat 149—149,25—148,75—149 bez., per Mai-Juni 148,25—147,75—148 bez., per Junt-Juli 148,5 bis 147,75—148 bez., per Juli-August 143,25—143,5 bez., per August-Sept. — bez., per Sept.-Okt. 142 M. bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loto fest. Termine matt. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loto 117—124 M. nach Qualität, per diesen Monat 111 M. per Mai-Juni 109 M. per Junt-Juli 109 M. per Juli-August 110 bez., per August-Sept. —, per Sept.-Oktober 111,5 bez.

Erben per 1000 Kilogr. Kochware 160—200 M. nach Qual. Futterwaare 135 bis 146 M. nach Qual.

Roggene m. Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad. Termine schließen fest. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M. per diesen Monat — bez., per Mai-Juni 18,15 bis 18,20 bez., per Junt-Juli 18,30—18,35 bez., per Juli-August 18,60 bis 18,65 bez., per Aug.-Sept. —.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. per diesen Monat 19,00 M. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. per diesen Monat —, Br.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sad. per diesen Monat 19,00 M.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Fas. Fester. Gefündigt 2000 Str. Kündigungspreis 50,10 M. Loto mit Fas. — M. ohne Fas. —, per diesen Monat 50,3 M. bez., per Mai-Juni 50,8 M. bez., per Junt-Juli — bez., per Juli-August —, per August-September —, per Sept.-Okt. 51,8 M. bez.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loto ohne Fas. 57,8 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loto ohne Fas. 38,0 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Höher. Gefündigt

110 000 Liter. Kündigungspreis 37,20 M. Loto mit Fas. —, per diesen Monat 37—37,4 bis 37,2 bez., per Mai-Juni 37 bis 37,1 M. bez., per Junt-Juli 37,3—37,1—37,6—37,4 bez., per Juli-August — bez., per August-Sept. 37,8—38,4 bis 38,1 bez., per Sept. 38—38,6—38,3 bez., per Sept.-Okt. — bez.

Weizenmehl Nr. 00 22,00—20,00 bez., Nr. 0 19,75—17,75 bez.

Feine Marken über Rottz bezahlt.

Roggene m. Nr. 0 u. 1 18,50—17,50 bez., do. feine Marken Nr. 0 u 1 19,50—18,50 bez.. Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Dol = 41/2 M. 100 Rub = 320 M. 1 Gulden österr. 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden hell. W. 1 M. 70 Pf. 1 Franc oeder 1/2 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Bank-Diskonto Wechs. v. 2. Mai.	Brnsch. 20 T.L.	— 104,80 bz	Schw. Hyp.-Pf.	41/2	102,20 br	Wrsch.-Teres.	5	Baltische gar...	5	Pr.-Myp.-B. I. (rz. 120)	41	Bauges. Hum...	51/2	132,50 G.	
Amsterdam. 21/2 S.T.	148,85 bz	31/2	Serb. Gld-Pfd.	5	89,50 bz G.	Wrsch.-Wien.	—	Brest-Grajewoar	5	100,30 G.	do. VI. (rz. 110)	5	Moabit.....	8	147,00 G.
Dess. Präm.-A.	31/2	20,45 bz	do. Rente	5	79,30 bz G.	Gr. Russ. Eis. g.	3	79,80 G.	do. div.Ser.(rz. 100)	4	102,00 bz G.	Passage.....	31/2	71,00 bz G.	
Ham. 50 T.L.	3	136,50 B.	do. neue 85	5	102,6										